



Mai 2007

Editorial

Den Hauptteil dieses Newsletters bilden diesmal zwei Beiträge. In der Rubrik *Wie ich Soziologin/Soziologe wurde* erzählt Marina Fischer-Kowalski über ihren beschwerlichen Weg zur Habilitation. Und Alfred Langs Beschreibung der Burgenländischen Forschungsgesellschaft (BFG) ergänzt die Rubrik *Sozialforschung in den Bundesländern* um ein weiteres Bundesland. An dieser Stelle erscheint ein Aufruf angebracht: die Redaktion würde sich über ähnlich gehaltene Beiträge aus Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark freuen.

Die Vorbereitungen für den diesjährigen ÖGS-Kongress, der von 25. bis 27. September in Graz statt finden wird, laufen auf Hochtouren. Das endgültige Programm wird demnächst auf der Homepage (www.oegs.ac.at) abrufbar sein.

Mit freundlichen Grüßen,
Christian Dayé
newsletter@oegs.ac.at

Inhalt

| | |
|--|----------|
| Interview mit Marina Fischer-Kowalski Von Stefan Laube | Seite 2 |
| Die Burgenländische Forschungsgesellschaft Von Alfred Lang | Seite 6 |
| Ankündigungen | Seite 12 |

„Die Soziologen verkriechen sich zunehmend in konstruktivistischer Diskursanalyse, statt an realen Problemlösungen zu arbeiten.“

Marina Fischer-Kowalski über ihren Weg zur Soziologie, das Nicht-Aufhalten lassen durch Konflikte und die Empfehlung an werdende Soziologen, sich auf gesellschaftliche Problemlösungsprozesse einzulassen. Die Fragen stellte Stefan Laube.

Wie sind Sie zum Studium der Soziologie gekommen?
Eigentlich aus Abschreckung durch die Psychologie. Ich hatte nebenbei an der Uni Wien soziologische Lehrveranstaltungen inskribiert und kam dann auf dieses kleine Institut des [Leopold] Rosenmayr [ehemaliger Vorstand des Instituts für Soziologie an der Uni Wien]. Dort fand ich mich in einer arbeitsintensiven Atmosphäre, einem Bienenstock von Studenten in höheren Semestern, die an allen möglichen Forschungsprojekten arbeiteten. Das war ein ganz anderes Ambiente als am Psychologie-Institut mit seinen tausenden Studenten und Massenveranstaltungen.

Wie hat es sich ergeben, dass Sie aus dem Studium einen Beruf machten?

Ich habe mich relativ rasch in der Soziologie engagiert, also zum Beispiel schon im zweiten oder dritten Semester aufgrund der Tonbandmitschnitte das Skriptum zur Hauptvorlesung von Rosenmayr erstellt. Ich war damals sehr arm und musste mein Studium verdienen. Am Soziologie-Institut konnte man um sage und schreibe sieben Schilling fünfzig [60 Cent] Stundenlohn alle möglichen Arbeiten machen, von Fragebögen kodieren bis zu Manuskripte abtippen. Die Gelegenheit habe ich genützt.

Sind Sie am Soziologie-Institut der Uni Wien auch zu ihrer ersten soziologischen Stelle gekommen?

Nein, eigentlich nicht. Na ja, vielleicht doch. Ich wurde von Frau Dr. Eva Köckeis angeheuert, sie in einem Habilitationsprojekt zu unterstützen, für das es einen Forschungsauftrag des Unterrichtsministeriums gab. Inhaltlich ging es um die Frage, ob in einem

bestimmten steirischen Bezirk eine technische Mittelschule errichtet werden soll. An diesem Forschungsauftrag habe ich bezahlter Weise mitgearbeitet und hatte einen Arbeitsplatz am Institut. Das Projekt wurde erfolgreich abgeschlossen, doch Eva Köckeis konnte sich mit dieser Arbeit nicht habilitieren: das ist am Widerstand von Rosenmayr gescheitert. Und auch ich habe dann noch eine andere Dissertation begonnen: Ich organisierte mir einen Forschungsauftrag des Wissenschaftsministeriums zum Zusammenhang zwischen Hochschulorganisation und kreativem Lernen. Als Arbeitsplatz konnte ich weiterhin die Räumlichkeiten des Soziologieinstituts nutzen. Es war eine große Studie mit Expertenbefragungen, Beobachtungsstudien in Lehrveranstaltungen, mit einer breiten Befragung von Studierenden und Lehrenden. Die fertige Studie habe ich dann Rosenmayr als Dissertation vorgelegt, was ihm hochschulpolitisch peinlich war. Er hat kurzzeitig verleugnet, dass ich überhaupt bei ihm dissertiere, wurde allerdings vom Dekan daran erinnert, dass er das schon längst in aller Form schriftlich anerkannt hatte. Das war ein ziemlich konfliktreicher Prozess, aber so hab ich schließlich die Diss durchgebracht.

War damals für Sie klar, dass Sie trotz dieser konfliktreichen Erfahrungen eine wissenschaftliche Karriere weiterverfolgen wollen?

Also, ich wollte ganz sicher die Dissertation fertig stellen. Ich wollte mein Studium zu Ende bringen,

und mich nicht durch irgendwelche Widerstände abhalten lassen.

Die Forschungsarbeit habe ich sehr erfolgreich durchgeführt, sie ist publiziert worden und hat viel Resonanz bekommen. Das hat genau in die Studentenbewegung hineingepasst. Dass sehr stark patriarchalische und bürokratische Strukturen ungünstige Lernwirkungen haben, das konnte man an der Studie sehr schön empirisch sehen, und das hat mir auch viel Spaß gemacht. Gegen Ende der Dissertation machte ich die Aufnahmeprüfung für das Institut für Höhere Studien (IHS), eine damals relativ logische Fortsetzung eines sozialwissenschaftlichen Studiums, wenn man wissenschaftlich interessiert war. Dann war ich zwei Jahre am IHS in postgradualer Ausbildung und wurde anschließend dort für viele Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Ich habe in ihrem Lebenslauf gesehen, dass einer der Begutachter ihrer Habilitation Jürgen Habermas war. Wie kamen Sie zu so einem prominenten Fachvertreter als Gutachter?

Da gibt es einen sehr bösen Aufsatz von mir in der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie, in dem ich dargestellt habe, wie es dazu kam.¹ Ich kann es Ihnen kurz erzählen. Hertha Firnberg [österreichische Wissenschaftsministerin 1970-1983] hat Rosenmayr attackiert, dass er nie Frauen habilitiere. Ich war damals am IHS und habe über soziale Ungleichheit gearbeitet. Rosenmayr hat Firnberg versichert, gerade ich wäre ihm durchaus willkommen. Daraufhin hat mich Firnberg angerufen und mich zu ihm geschickt. Das Ganze stellte sich dann als ein zweijähriger Marathon heraus, in welchem mir Rosenmayr erklärte, wer alles vor mir zur Habilitation gereiht sei und dass er nicht wisse, ob die Institutskollegen zustimmten, wenn ich vorgezogen würde. Ich war mit einer fertigen Habilitationsschrift zu ihm gegangen, aber nach zwei Jahren Herumwarten habe ich auf Vorschlag der damaligen Mittelbauvertreter Christian Fleck und Gunther Falk in Graz bei [Kurt] Freisitzer [ehemaliger Vorstand des Instituts für Soziologie an der Uni Graz] die Habilitation eingereicht. Dort entwickelte sich dann ebenfalls ein konfliktreicher Prozess zwischen Professoren und Mittelbau; nach fünf Jahren ohne Entscheidung reichte

ich eine Säumnisbeschwerde beim damaligen Wissenschaftsminister [Heinz] Fischer [gegenwärtig österreichischer Bundespräsident] ein. Der Beschwerde wurde stattgegeben; in so einem Fall kann der Wissenschaftsminister Gutachter benennen. Österreichische Soziologen zu finden war offenbar schwierig, und so haben letztlich Jürgen Habermas und Anton Pelinka Gutachten verfasst. Ein sehr interessantes Verfahren war das. Ich habe während dieser Jahre mein zweites Kind bekommen und bis zur Schulzeit großgezogen, war also zum Glück mit Wichtigerem beschäftigt.



Hatten diese Konflikte damit zu tun, dass Sie eine Frau sind?

Ich glaube, das hatte eher politische Gründe. Ich war eine muntere, undogmatische Linke, die Wissenschaft auch dafür verwendet hat, politisch brisante Themen zu erörtern. Soziale Ungleichheit war so ein Thema. Es war ja eine große Studie, die ich damals gemacht habe und die dann auch Gegenstand meiner Habilitation war. Zusammen mit 30 Partnern quer über mehrere Disziplinen wurde geforscht und versucht, Lebensverhältnisse und soziale Ungleichheit in Österreich über einen Verlauf von 30 Jahren empirisch zu dokumentieren. Im Ergebnis hatten soziale Ungleichheiten in diesem Zeitraum nicht generell ab- sondern häufig zugenommen, und dieses Ergebnis war politisch unwillkommen. Meine Weiblichkeit hat schon auch eine Rolle gespielt.

Ein unbequemes politisches Gegenüber musste doch wenigstens jemand sein, den man ernst nehmen kann, also ein Mann. Wenn das dann aber auch noch eine Frau ist, das geht zu weit. Ich glaube also, links und weiblich hat zusammengewirkt. Aber das sind nur Interpretationen.



Ich mache einen kleinen Sprung in der Zeit. Sie leiten seit 1986 das Institut für Soziale Ökologie an der IFF [Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung]. Ich muss gestehen, dass ich selbst keine genaue Vorstellung davon habe, was soziale Ökologie ist. Könnten Sie das kurz erläutern?

Soziale Ökologie ist der Versuch, die Interaktion zwischen sozialen und natürlichen Systemen zu beschreiben. Und zwar mit Wirkungen in beide Richtungen. Wie verändert Gesellschaft natürliche Systeme und wie beeinflussen natürliche Verhältnisse gesellschaftliche.

Können Sie ein Beispiel aus der sozial-ökologischen Forschungspraxis ihres Instituts geben?

Zu unseren Kernfragen gehört die Analyse des gesellschaftlichen Stoffwechsels. Da geht es darum, welche Energieträger und welche materiellen Ströme aus natürlichen Ressourcen durch die Gesellschaft geleitet werden, dort verarbeitet werden und in welcher Form wieder ausgeschieden werden. Also in – wenn Sie so wollen – einer Parallele zu einem Organismus. Und da kann man sowohl analysieren, welchen Stoffwechsel Gesellschaften überhaupt haben, historisch gesehen oder im Vergleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Welchen Stoffwechsel Gesellschaften haben, sagt viel darüber aus, wie sie funktionieren. Und das ist natürlich auch eine Umweltfrage *par excellence*. Lang Zeit hat man gedacht, man kann durch Filter am hinteren Ende irgendwie die Umweltfolgen des Wirtschaftens mildern.

Aber man hat erkannt, dass alles, was in ein System hineingeht, auch wieder herauskommt, und dass es klüger ist, an der Frage des Inputs anzusetzen. Wir analysieren den gesellschaftlichen Stoffwechsel in empirischer Form und sind diesbezüglich einer der größten Auftragnehmer des Europäischen Statistischen Amtes. Aber wir haben auch ganz andere Projekte gemacht. Für die österreichische Nationalbank etwa eine Beratungsstudie für deren Sicherheitsabteilung. Die hatte viele Konflikte mit anderen Abteilungen. Die Sicherheitsabteilung verwaltet Räume und Transporte. Die anderen Abteilungen haben nicht recht verstanden, dass materielle Prozesse eine bestimmte Zeit kosten und einfach anders funktionieren als symbolische Transaktionen mit Geldströmen. Da hatten wir ein Beratungskonzept, das sehr spannend war, in dem wir versucht haben, die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Abteilungen zu bearbeiten. Diese Analyse umfasste also das Verkoppeln von materiellen und sozialen Prozessen.

Wir machen sehr unterschiedliche Projekte. Es ist ja ein recht großes Institut mit 25 MitarbeiterInnen aus verschiedenen Sozial- und Naturwissenschaften.

Ich möchte zu einer anderen Frage kommen, die ich immer im Rahmen dieser Interviewserie stelle. Sie betrifft den soziologischen Nachwuchs. Was würden Sie Studierenden empfehlen, die sich für eine soziologische Berufslaufbahn interessieren?

Wenn ich einfach einmal *pro domo* antworte: Das Feld der sozio-ökonomischen Umweltforschung, wie das mit der naturwissenschaftlichen Bezeichnung so schön heißt, hat weltweit viel mehr Geld als die ganze Soziologie. Wenn man wissenschaftlich arbeiten will und Probleme bearbeiten, die nicht nur einen selbst interessieren, sondern auch andere, dann ist das ein sehr spannendes Feld. Auch interessant in Bezug auf das Thema Umwelt. Klimatische Veränderungen und wie man sie in den Griff bekommen kann, sind ein Stoffwechselproblem ersten

Ranges. Die Auswirkungen von extremen Klimaereignissen, die wir sehen und in Zukunft vermehrt sehen werden, werden gesellschaftliche Verhältnisse dramatisch verändern, auch wenn das die Sozialwissenschaftler nicht glauben wollen. In diesem Feld ist viel zu tun, da gibt es Geld zu verdienen und Arbeitsmöglichkeiten. Wir bieten ein Magisterstudium der Sozialökologie an, das an ein beliebiges Bachelor-Studium anschließt. Die Absolventen gehen uns weg wie warme Semmeln.

Können Sie neben dem Rat zur Spezialisierung - in ihrem Fall zur Spezialisierung auf Sozialökologie - auch andere Empfehlungen abgeben?

Ein allgemeiner Rat ist der, sich auf gesellschaftliche Problemlösungsprozesse einzulassen und nicht an diskursanalytischen Fragestellungen festzukleben.

Dazu fällt mir eine These ein, die besagt, Soziologie sei für die Soziologen dar. Sie würden also davon abraten, so eine These durch das eigene forschende Tun zu bestätigen?

Ich halte das für ein Privileg von solchen, die eine gesicherte akademische Position haben. Aber für den Rest der Soziologen? In allen Naturwissenschaften wird zunehmend die Vorstellung wichtiger, dass es notwendig ist, Gesellschaften zu verändern, wenn man den gesellschaftlichen Umgang mit der Umwelt verändern will. Und dass man das nicht tun kann ohne sozialwissenschaftliche Beteiligung. Die Ökonomie ist eine zu schmale Gasse dafür, weil es eben nicht nur um Geld geht, sondern um Lebensweisen, um Sozialformen und Organisationen. Es ist viel mehr Nachfrage nach Sozialwissenschaft da, als genutzt wird. In der internationalen Forschung bin ich oft umgeben von autodidaktischen Sozialwissenschaftlern, die das Handwerkszeug nicht erlernt haben, aber diese Fragen bearbeiten, weil es die Soziologen nicht machen. Und die Soziologen sind da besonders schlecht. Inzwischen gibt es in der Ökonomie ein Feld der „ecological economics“, in der Politikwissenschaft gibt es das, in der Kulturanthropologie, nur in der Soziologie nicht. Die Soziologen verkriechen sich immer mehr in konstruktivistischer Diskursanalyse. Das sollen sie ruhig auch betreiben, aber damit allein

werden sie untergehen. Nicht unbedingt die einzelnen Soziologen, aber das Fach.

Würden Sie dem weiblichen Nachwuchs spezifische Empfehlungen geben?

Ich habe lange Soziologie der Geschlechterverhältnisse unterrichtet, dazu publiziert und das Thema interessiert mich immer noch. Aber ich habe stets dagegen opponiert, dass weibliche Studenten ihr Studium damit zubringen, sich nur mit den Problemen ihres Geschlechts zu beschäftigen. Das halte ich aus mehreren Gründen für wirklich destruktiv. Das ist schlecht für die eigenen Berufschancen, es ist schlecht für die eigene Kompetenz und es ist schlecht für das Fach. Ich sehe keinen Grund, warum sich Frauen für Geschlechterverhältnisse mehr interessieren sollten als Männer. Ist sage das jetzt ein wenig überspitzt: Die geschlechtliche Nabelschau ist keine ausreichende Beschäftigung, um ein qualifizierter Soziologe zu sein. Man sollte schon eine Menge vom Funktionieren der Gesellschaft verstehen, auch von Geschichte und Ökonomie.

Anmerkung:

1 Erschienen als „Leserbrief“ in der *Österreichischen Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 9, 1 + 2, 1984, S. 277-280.

Marina Fischer-Kowalski, geb. 1946, Dr. phil., habilitiert für Soziologie, ist Professorin für Soziale Ökologie an der Universität Klagenfurt und Dozentin für Soziologie an der Universität Wien. Seit 1986 leitet sie das Institut für Soziale Ökologie an der IFF (Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung).

Stefan Laube, Jahrgang 1980, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Soziologie & Geschichte an der Universität Konstanz.

Burgenländische Forschungsgesellschaft (BFG): Wissenschaft und Forschung im Kontext regionaler Bildungsarbeit

In der Rubrik Sozialwissenschaftliche Forschung in den Bundesländern berichtet Alfred Lang, Geschäftsführer der Burgenländischen Forschungsgesellschaft, über die Aktivitäten seiner Organisation.

Vor nunmehr 20 Jahren wurde in Eisenstadt der Verein „Burgenländische Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung“ gegründet. Die Gründung geht auf eine Gruppe burgenländischer UniversitätsabsolventInnen bzw. StudentInnen zurück, die bald nach Beendigung ihres Studiums erkennen mussten, dass es im Burgenland so gut wie keine Strukturen gab, die ein wissenschaftliches Arbeiten ermöglichten. So kam es im Frühjahr 1987 zur Gründung eines Vereines, der eine rechtliche und organisatorische Struktur für die Durchführung von Forschungsarbeiten, zur Abhaltung von Symposien, zur Publikation wissenschaftlicher Arbeiten und zur Sammlung von Publikationen zu burgenlandrelevanten Themen bieten sollte. Der Bezug auf sozialwissenschaftliche Forschung hatte seinen Grund in den Studienrichtungen der Gründergeneration, wobei von Anfang an auch starke geistes- und kulturwissenschaftliche Interessen vorhanden waren; 1989 erfolgte daher auch die Umbenennung in „Burgenländische Forschungsgesellschaft“, kurz BFG. Damit war eine wichtige inhaltliche Weichenstellung vorgegeben.

Ein zweites entscheidendes Moment im Gründungsprozess der BFG war die von Anfang an beabsichtigte Verknüpfung von Forschung und Bildung in Form regionaler Bildungsarbeit. Dies hatte einerseits seinen Grund darin, dass man nicht „nur“ Wissenschaft und Forschung betreiben wollte sondern auch Interesse an der Verwertung des Wissens hatte und zwar in Form einer Verbreitung an die regionale Bevölkerung. Sowohl die seit 1989 jährlich veranstalteten Burgenländischen Forschungstage als auch die

Veranstaltungsreihe *Jours Fixes* waren sowohl auf den fachlichen Diskurs als auch auf einen Zugang für die interessierte Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. In den *Jours Fixes* wurden zum Beispiel aktuelle wissenschaftliche Arbeiten, meist Diplomarbeiten oder Dissertationen, zu regionalen Themen in einem regionalen oder lokalen Kontext präsentiert, wo es auch immer wieder gelang, die Bevölkerung für wissenschaftliche Themen zu interessieren.



Diese Verknüpfung zwischen Forschung und regionaler Bildungsarbeit traf zeitlich mit Bestrebungen in der Abteilung Erwachsenenbildung des damaligen Unterrichtsministeriums zusammen, die darauf abzielten, die Erwachsenenbildung in Österreich einerseits stärker zu regionalisieren und andererseits eine engere Verbindung zwischen Erwachsenenbildung und Wissenschaft bzw. Forschung herzustellen. Das Unterrichtsministerium in Gestalt der Abteilung Erwachsenenbildung wurde daher zum wichtigsten Förderer für die BFG. Die Kultur- und Wissenschaftsabteilung des Landes Burgenland beteiligte sich zu etwa einem Drittel an den jährlichen Kosten. Damit konnte ein kleines Büro

mit im Durchschnitt zwei ständigen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und einem Sekretariat – mehr schlecht als recht, aber immerhin – finanziert werden.

Von Anfang an war die BFG somit nicht ausschließlich eine Wissenschafts- und Forschungseinrichtung, aber auch kein klassisches (Erwachsenen-) Bildungsinstitut, sie befand und befindet sich vielmehr an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Forschung einerseits und regionaler Bildungsarbeit andererseits. Das hat sowohl Vor- als auch Nachteile.

Ein Nachteil ist der, dass mit einer personell knappen Struktur das, was der Name „Burgenländische Forschungsgesellschaft“ suggeriert, nicht abzudecken ist. Auch wenn klar ist, dass Naturwissenschaften und Technikforschung nicht mitgedacht sind, bleibt doch ein weites Feld. Eine kontinuierliche Arbeit an einem bestimmten Fachgebiet ist damit nicht oder nur eingeschränkt möglich und erschwert in der Folge die Ausbildung von Fachkompetenz und Expertenwissen. Ein Folgeproblem ist auch, das Profil einer „Burgenländischen Forschungsgesellschaft“ nach außen zu kommunizieren und erkennbar zu machen.

Die Vorteile dieser Schnittstellenlage sind eher pragmatischer Natur, aber darum nicht weniger bedeutsam. Dadurch, dass das Feld möglicher Aktivitäten beträchtlich weiter ist als im spezialisierten Wissenschafts- und Forschungsbetrieb, eröffnet sich ein breiterer Zugang zu möglichen Förderquellen, vornehmlich im Bereich der europäischen Förderprogramme, die spätestens seit dem EU Beitritt Österreichs zu einem wichtigen Finanzierungsinstrument der BFG geworden sind. Damit begann aber für die BFG auch eine neue Phase, die durch den Wechsel von einer weitgehend selbstgesteuerten Forschungs- und Bildungsarbeit der Anfangsjahre zur förderungsorientierten Projektarbeit gekennzeichnet ist.¹

In den ersten zehn Jahren der BFG vom Ende der 80er bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre war die jährliche Abhaltung der *Burgenländischen Forschungstage* ein fixer Bestandteil des Programms, Themen waren Migration und Arbeitsmarkt, Volksgruppen und Mehrsprachigkeiten, Peripherie und Grenzlage oder die

Frage der Auswirkungen des österreichischen EU-Beitritts auf das Burgenland. Die Referate und Diskussionen der Forschungstage wurden in nachfolgenden Sammelbänden dokumentiert. Größere Forschungsprojekte aus dieser Zeit waren die Studien „Zaun-Gespräche. Ein grenzüberschreitendes Forschungsprojekt an der burgenländisch-ungarischen Grenze“ (1992), das die Veränderungen und Erwartungen in burgenländischen und ungarischen Grenzgemeinden anlässlich des Falls des Eisernen Vorhanges untersuchte, „Sprache und Ethnizität im Burgenland“ (1993) oder „Gleichheit-Verschiedenheit. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein im Burgenland“ (1994).

In diesen Anfangsjahren deckte die erwähnte Basisfinanzierung seitens des Landes und des Bundes die Personal- und Infrastrukturkosten, und die Veranstaltungs- und Forschungsaktivitäten konnten durch zusätzliche Finanzmittel aus nationalen Quellen durchgeführt werden, was auch eine weitgehend selbstbestimmte Auswahl der Themen und Fragestellungen von Symposien und Forschungsprojekten ermöglichte. Allerdings war unter diesen Voraussetzungen an einen Ausbau der BFG nicht zu denken und wurde in den Folgejahren in Anbetracht immer knapper werdender Budgets auch immer unwahrscheinlicher, im Gegenteil, es erfolgte nicht nur keine Erhöhung der Subventionen, sondern es mussten immer wieder Kürzungen in Kauf genommen werden. Auch wurde das Angebot an nationalen Fördermitteln zur Durchführung von Projekten oder Veranstaltungen im Laufe der 90er Jahren sukzessive weniger. Damit stellte sich längerfristig ein ernsthaftes Finanzierungsproblem. Eine Alternative wäre eine marktorientierte Ausrichtung gewesen, die mittels Auftragsforschung die erforderlichen Finanzmittel aufbringt; dieser Ansatz war jedoch nur schwer mit dem Anspruch auf regionale Bildungsarbeit und politische Bildung zu verknüpfen. Einen Ausweg eröffnete der EU Beitritt Österreichs.

Bedingt durch den Beitritt begann ab Ende der 90er Jahre eine neue Phase, die durch eine zunehmende Orientierung an EU Fördermitteln gekennzeichnet war. Damit erfolgte sowohl eine inhaltliche Neuorientierung als auch (bescheidene) personelle Ausweitung auf einen Mitarbeiterstand von derzeit 4 Personen, wobei eine Person im Rahmen der anbieterneutralen Bildungsberatung Burgenland tätig ist, einem kooperativen Projekt aller 11 burgenländischen Erwachsenenbildungseinrichtungen, dass von der BFG durchgeführt wird.²

1998 koordinierte die BFG ihr erstes von der EU finanziertes Projekt im Bereich Bildungsforschung, wobei das Thema die damals aktuelle Diskussion über neue Formen des offenen und flexiblen Lernens war. An dem Projekt waren 12 Partneereinrichtungen aus 8 europäischen Ländern beteiligt und ihre Erfahrungen in einen gemeinsamen Sammelband in Form eines Handbuches einbrachten.³ Das Projekt wurde im Rahmen des Sokrates Programms der EU finanziert, und zwar in der später so benannten Aktion *Grundtvig*, die den Bereich der Erwachsenenbildung abdeckt. Damit war insofern ein Weg vorgezeichnet, als in weiterer Folge die Erwachsenenbildungsforschung in Form europäischer Bildungs Kooperationen zu einem wesentlichen Fachbereich der BFG wurde, wenngleich auch in Form einer Schwerpunktsetzung die darin bestand, dass – bedingt durch die geopolitische Lage des Burgenlandes und aktualisiert durch den EU Beitritt der Nachbarländer Ungarn und Slowakei – die Bildungsarbeit in europäischen Grenzregionen den Fokus bildet. 2005 wurde als Resultat eines mehrjährigen EU Projektes mit dem Titel „CBCnet. Cross-Border Cooperation Network in Adult Education in Europe“ die Studie „Bildung über Grenzen. Erwachsenenbildung in europäischen Grenzregionen“ veröffentlicht.⁴ An dem Projekt hatten 13 europäische Bildungseinrichtungen aus 10 europäischen Ländern teilgenommen, die wiederum 9 europäische Grenzregionen repräsentieren.⁵ 2006 wurde quasi als Follow-up ein dreitägiges internationales Symposium im burgenländischen Rust zu diesem Thema veranstaltet; es war dies das erste Projekte dieser Art im Rahmen von *Sokrates/Grundtvig* in Österreich und nur eines von acht von der Europäischen Kommission genehmigten

Projekten.⁶ Derzeit ist im Rahmen eines weiteren EU-Projektes ein Handbuch zur Erwachsenenbildung im Grenzraum Österreich-Ungarn-Slowakei in Ausarbeitung, an dem neben der BFG als koordinierender Einrichtung die beiden Lehrstühle für Erwachsenenbildung an der Dániel Berzsenyi Hochschule in Szombathely und der Comenius-Universität in Bratislava beteiligt sind.

Neben der Erwachsenenbildungsforschung im Kontext transnationaler Bildungs Kooperationen bilden Zeitgeschichte und politische Bildung einen zweiten wesentlichen Fachbereich der BFG. Entgegen dem sonstigen Trend zur internationalen Kooperationen gelang es hier mit Unterstützung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus ein rein national finanziertes Projekt umzusetzen und zwar die Publikation „Vertrieben. Erinnerungen burgenländischer Juden und Jüdinnen“. Für dieses Buch wurden über 30 Interviews in Europa, Nord- und Südamerika sowie Israel geführt und in Form von Lebensgeschichten veröffentlicht.⁷ Die auf Videos aufgezeichneten Interviews sollen 2008 – so die Antragstellung erfolgreich ist – anlässlich des 70jährigen Gedenkens an die Vertreibung der burgenländischen Juden wiederum durch ein EU gefördertes Projekt in einer DVD Bearbeitung erscheinen. Ein weiterer Schwerpunkt im Fachbereich Zeitgeschichte und politische Bildung ist derzeit die Ausarbeitung von Lehr- und Lernmaterialien zum Thema Grenze als außerschulischer Lernort. Hier wird im Rahmen von zwei EU Projekten (Sokrates/Comenius und einem Sonder-Call der Kommission zum 60. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus) am Beispiel des österreichisch-ungarischen, des deutsch-belgisch-niederländischen und des polnisch-tschechischen Grenzraumes gezeigt, wie SchülerInnen regionale Geschichte quasi an Originalschauplätzen vermittelt werden kann. Kleinere Veranstaltungsreihen wurden und werden in Form von Diskussionen, Vorträgen und Zeitzeugengesprächen immer wieder in Zusammenarbeit mit

dem Burgenländischen Landesmuseum und dessen Sonderausstellungen von der BFG organisiert, so etwa zum Gedenken an den Ungarnaufstand von 1956 im Jahr 2006 oder zur russischen Besatzungszeit im Jahr 2005.

Ein dritter Fachbereich beschäftigt sich mit Frauenforschung und Gender Studies. In diesem Kontext war die BFG über zwei Jahre Partner in einem vom Europäischen Sozialfonds geförderten EQUAL Projekt zum Thema „Frauenförderung und Gender Mainstreaming im Burgenland“. In diesem Umfeld entstand auch eine sekundärstatistische Auswertung von frauenspezifischen Daten zum Thema „Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen im Burgenland“ als Auftragsforschung für das Frauenbüro des Landes Burgenland⁸ sowie die Broschüre „Frauenbasisdaten“ in Zusammenarbeit mit der Statistikabteilung des Landes⁹. Im Rahmen dieses Projekts wurde im Mai 2004 das erste grenzübergreifend Frauensymposium zwischen Burgenland, den westungarischen Komitaten und der Westslowakei organisiert. Ein weiteres EU Projekt in diesem Fachbereich war der Aufbau eines Frauennetzwerkes in der Grenzregion Burgenland-Westungarn-Westslowakei gemeinsam mit einer ungarischen Frauenorganisation und dem Institut für Gender Studies an der Comenius Universität in Bratislava. Ein Nachfolgeprojekt zum Thema Gender Mainstreaming im ländlichen Bereich läuft derzeit gemeinsam mit dem Slowakischen Nationalen Zentrum für Menschenrechte in Bratislava.

Der EU-Beitritt Österreichs hat somit für die BFG eine neue Ära eingeleitet, die durch den Zugang zu EU Fördermitteln gekennzeichnet ist und damit neue Entwicklungsperspektiven eröffnet hat. Allerdings zeigt sich auch, dass eine Beteiligung an EU Programmen der erwähnten Art in der Regel nicht ohne öffentliche Grundfinanzierung möglich ist. Die meisten dieser Programme (wie das Programm für lebenslanges Lernen, Kultur, Citizens for Europe oder das 7. Rahmenprogramm) erfordern einen Eigenmittelanteil in Form einer nationalen Kofinanzierung, der zumeist zwischen 20-50% der Gesamtkosten liegt.

Einrichtungen, die über keine entsprechenden Eigenmittel verfügen, geraten dabei leicht in Finanzierungsprobleme. Besonders NPO's müssen diese „Eigenmittel“ letztlich wieder aus öffentlichen Quellen zusätzlich lukrieren. Allerdings fallen in vielen Ministerien Subventionsansuchen dieser Art in den Bereich der sogenannten Ermessensausgaben, d.h. sie können jederzeit etwa mit dem Hinweis auf nicht vorhandene Budgetmittel abgelehnt werden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass diese sogenannten Eigenmittel von der Europäischen Kommission zugleich als nationaler Kofinanzierungsanteil gesehen werden, ist dies ein Kuriosum der europäischen Förderpolitik, dass nämlich die BildungsministerInnen im Europäische Rat Förderprogramme beschließen, von denen sie wissen, dass eine nationale Kofinanzierung notwendig ist, diese jedoch in ihrem Ressortbudgets nicht vorsehen, ganz zu schweigen davon, dass es für erfolgreiche Projektwerber kein Rechtsanspruch auf nationale Kofinanzierungsmittel gibt.

Dazu kommt eine zweite Problematik die darin besteht, dass diese sogenannten Eigenmittel im Regelfall in Form der Personalkosten eingebracht werden. In der Praxis bedeutet dies, dass für die Deckung der Personalkosten keine oder nur teilweise Finanzmittel aus dem Förderbeitrag der EU zur Verfügung stehen. Das funktioniert so lange, so lange ausreichend Personalressourcen in der jeweiligen Institution vorhanden sind. Erfolgreiche Projektwerber geraten dabei jedoch in eine Schere, da mit jedem akquirierten Projekt der Arbeitsaufwand steigt, der Personalkostenanteil jedoch zurück bleibt. Die Lücke kann im Regelfall nur durch zusätzlichen öffentlicher Personalsubventionen gefüllt werden. Es wäre höchst an der Zeit, für dieses Problem einen befriedigenden Finanzierungsmechanismus zu finden, der die Frage der nationalen Kofinanzierung von EU Projekten der Willkür ministerieller Ermessensausgaben entzieht.

Trotz dieser Probleme hat die Ausrichtung auf EU-Programme der Burgenländischen

Forschungsgesellschaft eine Möglichkeit eröffnet, regionalen Bildungsarbeit mit Wissenschaft und Forschung zu verbinden. Eingebettet in einen europäischen Kontext ist der regionale Bezug der Aktivitäten, seien es Forschungsprojekte, Konferenzen oder Publikationen, ein konstitutives Merkmal. Spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 und dem Beitritt Ungarns und der Slowakei zur Europäischen Union 2004 definierte sich der regionale Aspekt nicht mehr nur einseitig national, sondern umfasst die Ausrichtung auf die gemeinsame Grenzregion zwischen dem Burgenland, Westungarn und der westlichen Slowakei. Die BFG hat hier eine Pionierrolle in der grenzüberschreitenden Kooperation und ist Mittelpunkt eines ständig wachsenden Netzwerkes unterschiedlichster Einrichtungen in der gesamten Grenzregion.

Zeitgeschichte und politische Bildung, Bildungsforschung und europäische Bildungsoperationen sowie Gender Studies sind, neben der überinstitutionellen Trägerschaft für die Bildungsberatung Burgenland, jene Fachbereiche, die derzeit die Arbeit dominieren. In nächster Zukunft soll ein weiterer Fachbereich zum Thema Europäische Studien und Europäische Integration entwickelt werden.

Kontakt:

A-7000 Eisenstadt

Domplatz 21

Tel +43 / 2682 / 66 88 6

Fax +43 / 2682 / 66 88 620

office@forschungsgesellschaft.at

Anmerkungen:

1 Nicht erst eine dezidierte Marktorientierung in Form von Auftragsforschung bedingt eine inhaltliche Steuerung dessen was geforscht bzw. gelehrt wird, auch die Orientierung an EU Programmen hat dies zur Folge. Was andererseits aber auch keine großartige Erkenntnis ist, dienen diese Programme ja nicht dem freien Forschen und Lehren, sondern sind Teil einer strategisch geplanten Wissenschaft- bzw. Bildungspolitik, die strikt auf die sogenannten Lissabon-Zielen verpflichtet ist. Was somit Paul Kellermann in seinem Artikel „Zur Ideologie Europäischer Hochschulpolitik“ im Newsletter 30, Nr.3/2006 in Zusammenhang mit den Bologna-Prozesses beschreibt und kritisiert, trifft sinngemäß jede Einrichtung, die sich an EU Bildungsprogrammen beteiligt.

2 S. www.bildungsberatung-burgenland.at

3 Lernfeld Sprache (Hg.): *Auf der Suche nach geeigneten Strukturen in offenen und flexiblen Lernformen. Ein Manual.* Eisenstadt: Verlag Burgenländische Forschungsgesellschaft, 2001. 412 S. (deutsche Ausgabe).

4 Alfred Lang, Nicole Ehlers, Lenny van Kempen (Hg.): *Bildung über Grenzen: Erwachsenenbildung in europäischen Grenzregionen.* Eisenstadt: Verlag Burgenländische Forschungs-gesellschaft, 2005. 261 S. BFG:STUDIES Band 4a, Jg. 2006 (Sondernummer/deutsche Ausgabe).

5 S. www.crossborder-education.net

6 Judith Jakowitsch, Mariana Szapuová, Anett Molnár (eds.): *POWER. Promotion of Women in European Border Regions. Austria-Hungary-Slovakia.* Eisenstadt: Verlag Burgenländische Forschungsgesellschaft, 2006. 90 S. BFG:STUDIES Bd. 5, Jg. 2006 (Sondernummer in englischer Sprache). S. a. www.women-power.at

7 Alfred Lang, Barbara Tobler, Gert Tschögl (Hg.): *Vertrieben. Erinnerungen burgenländischer Juden und Jüdinnen.* Wien: Mandelbaum Verlag 2004, 528 S. S. a.

www.forschungsgesellschaft.at/vertrieben.htm

8 Judith Jakowitsch: *Qualifikation und Erwerbstätigkeit von Frauen im Burgenland*. Eisenstadt: Verlag Burgenländische Forschungsgesellschaft, 2003. BFG:STUDIES Bd. 3, Jg. 2003.

9 Judith Jakowitsch, Manfred Dreiszker: *Frauenbasisdaten. Zur Situation von Frauen und Männern im Burgenland. Gemeinsam mit dem Statistikreferat der Bgld. Landesregierung und dem Frauenbüro des Landes Burgenland*. Eisenstadt: Verlag Burgenländische Forschungsgesellschaft, 2005.

Alfred Lang, geb. 1959, Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie der Philosophie und Politikwissenschaft an der Universität Wien, noch vor Abschluss Mitarbeit an verschiedenen Forschungsprojekten u.a. bei der Burgenländischen Forschungsgesellschaft. Volontariat im ORF Landesstudio Burgenland. 1992-1994 Aufbau und Leitung der Regionalstelle Nord des Landesverbandes der Burgenländischen Volkshochschulen. Ab Mai 1994 pädagogischer Mitarbeiter der Burgenländischen Forschungsgesellschaft mit den Schwerpunkten Veranstaltungsorganisation, Publikationen und Pressearbeit. Seit September 1995 Geschäftsführer der Burgenländischen Forschungsgesellschaft, daneben Arbeitsschwerpunkt Bildungsforschung und europäische Bildungsk Kooperationen.

| Vorstand der ÖGS: | |
|-------------------------------------|--|
| Präsident: | Christian Fleck, Uni Graz |
| Vizepräsidentin: | Beate Littig, IHS Wien |
| Vizepräsident: | Joachim Nemella, Uni Linz |
| Finanzreferent: | Harald Rohrer, IFZ/Uni Klagenfurt |
| Schriftführerin: | Katharina Scherke, Uni Graz |
| Studentische Mitglieder: | Johanna Muckenhuber, Graz/Wien Monika Kronberger, Wien Florian Auberger, Linz |
| <u>Kooptierte Mitglieder</u> | |
| Generalsekretär: | Markus Schweiger, Uni Graz |
| Newsletter: | Christian Dayé, Uni Graz |
| Öffentlichkeitsarbeit: | Mathias Revers, Graz |

Ankündigungen

Auf dem Weg zur „Gesundheitsgesellschaft“?

**Gemeinsamer Kongress der deutschen, österreichischen und Schweizer Fachgesellschaften
für Gesundheits- und Medizinsoziologie
FH JOANNEUM, Bad Gleichenberg, Steiermark, 27.-29.3.2008**



In den letzten Jahren nimmt in allen hoch entwickelten Gesellschaften die Bedeutung von „Gesundheit“ rasant zu. Gesundheit wird individuell und gesellschaftlich hoch bewertet, eröffnet einen dynamischen Markt für Informationstechniken, Dienstleistungen und Produkte und bildet einen neuen Fokus in den politischen Diskursen um die Umgestaltung der Krankheitsversorgung und der solidarischen Finanzierung. Gesundheit wird dabei zunehmend als aktiv hergestellt aufgefasst und stellt traditionelle Krankheits- und Behandlungskonzepte verstärkt in Frage. Kickbusch (2006) hat für diese Entwicklungen den eingängigen Begriff der „Gesundheitsgesellschaft“ geprägt.

Im Rahmen dieses Kongresses sollen unterschiedliche Facetten dieser Entwicklung aus theoretischen Perspektiven erörtert und unter Nutzung

empirischer Forschungsergebnisse differenziert werden. Auszugehen ist davon, dass diese Diskussionen kontrovers verlaufen werden - sowohl was den Begriff der „Gesundheitsgesellschaft“ betrifft als auch wie die damit verbundenen Entwicklungen einzuschätzen sind. Denn was die einen als Chance für die Umgestaltung von einem „Krankheitssystem“ in ein „Gesundheitssystem“ ansehen, wird von den anderen vor allem als Risiko für zunehmende Entsolidarisierung und verstärkte Ungleichheit, für mehr Manipulation und Überwachung thematisiert.

Die Tagung wird entlang von fünf hauptsächlichen Themenschwerpunkten und damit zusammenhängenden Fragestellungen strukturiert werden:

- **Gesundheits-Kulturen:** Was bedeuten diese Entwicklungen für die Konzepte, Normierungen und Moralvorstellungen von Gesundheit und Krankheit? In welchen Lebensstilen zwischen Askese und Konsumorientierung finden sie ihren Ausdruck (Stichwort: Wellness)? Wie werden sie von technologischen Innovationen und ökonomischen Strategien geprägt? Sind die aktuellen Veränderungen ausreichend um von einer „Gesundheitsgesellschaft“ sprechen zu können?
- **Geschlechterverhältnisse:** Tangieren die angesprochenen kulturellen Veränderungen die Diskurse um geschlechtsspezifische Differenzen bei Gesundheits-, Krankheits- und Körperkonzepten und gesundheitsbezogenen Lebensstilen? Entsteht daraus ein Zugewinn an Autonomie für Frauen, aber vielleicht auch für Männer, werden traditionelle Geschlechterrollen verstärkt oder kommt es zu einer Um-/Neuordnung in den Geschlechterverhältnissen entlang neuer Differenzen?
- **Krankenbehandlungssystem und soziale Sicherung:** Welche Herausforderungen stellen sich für die etablierten Berufe und Organisationen der Krankenbehandlung durch neue Berufe und Organisationen? Welche Rollenverschiebungen zwischen PatientInnen und Gesundheitspersonal resultieren daraus? Wie verändert der Druck zur Kommerzialisierung und Privatisierung die wohlfahrtsstaatlichen Diskurse, die Systeme der Gesundheitssicherung und deren solidarischen Charakter?
- **Soziale Ungleichheiten:** Entsteht eine Gesundheitsgesellschaft für alle oder nur für manche? Verschärfen sich traditionelle Ungleichheiten oder entstehen neue? Wo werden die geforderten Gesundheitskompetenzen vermittelt, wer kann sie sich aneignen?
- **Demografischer Wandel:** Welche Antworten hat die „Gesundheitsgesellschaft“ auf die Situation, dass Generationen beinahe geschlossen in höchste Lebensjahre altern? Was bedeutet es, wenn zugleich die älteren Menschen ein immer bedeutsameres Segment des Gesundheitsmarktes mit seinen Versprechungen der Machbarkeit und Perfektion bilden und auf der anderen Seite Krankheiten zunehmend und unvermeidbar auftreten, verbunden mit Autonomieverlusten, Abhängigkeit von der Hilfe anderer und Fremdbestimmung durch die wachsenden Möglichkeiten der High-Tech-Medizin?

Nähere Informationen: rudolf.forster@univie.ac.at oder unter <http://medsoz.blogspot.com>

Beziehungs- und Familienentwicklung

Tagung der Sektion „Familiensoziologie“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Heidelberg, 27./28. September 2007

Große Fortschritte der familiensoziologischen Forschung gingen in den letzten Jahrzehnten auf die Orientierung an der Prozesshaftigkeit sozialen Handelns zurück. Hinzu kommt neuerdings eine

stärkere Konzentration auf die Paarperspektive und die Paardynamik. Beide Entwicklungen sind auch Ausgangspunkt des DFG-Schwerpunktprogramms „Beziehungs- und

Familienentwicklung“. Wie dieses ist auch die Tagung den verschiedenen Stadien der Beziehungs- und Familienentwicklung gewidmet.

Erwünscht sind konzeptionelle und empirische Referate zu folgenden Themenbereichen:

- zur Etablierung und Gestaltung von Paarbeziehungen,
- zur Familiengründung und -erweiterung,
- zur (In-) Stabilität von Paarbeziehungen,
- zur Gestaltung intergenerationaler Beziehungen.

Erwünscht sind Referatangebote zu den genannten Themenbereichen, insbesondere auch solche, die im Kontext des in Entwicklung befindlichen Beziehungs- und Familienpanel stehen. Neben dem Rahmenthema ist ein Nachmittag mit freien Beiträgen aus der Familiensoziologie eingeplant. Interessenten und Interessentinnen, die sich mit einem Vortrag beteiligen

möchten, werden gebeten, bis 31.7.07 ein halbseitiges abstract zu senden an

Prof. Dr. Thomas Klein
Institut für Soziologie
Universität Heidelberg
Sandgasse 9
D – 69117 Heidelberg
Tel.: 06221 - 54 29 72, Fax: 06221 - 54 29 96
Mail: thomas.klein@urz.uni-heidelberg.de

Für die Planung ist eine Anmeldung (an: johannes.stauder@soziologie.uni-heidelberg.de) bis 31.8.07 erforderlich. Allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen wird jedoch wegen der zeitweise engen Übernachtungsmöglichkeiten in Heidelberg empfohlen, sich möglichst frühzeitig anzumelden und eine Übernachtung zu reservieren; eine Hotelauswahl wird versandt.